

PROTEST UND DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH

Protest ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Als 1215 englischen Adeligen in der „Magna Carta“ erste Grundrechte eingeräumt wurden, erhielten sie diese erst nach massiven Protesten. Revolutionen, also Proteste gegen das gesamte bestehende System, haben dann zur Ausgestaltung unserer demokratischen Institutionen geführt. Heute gibt es, verstärkt durch die „sozialen Medien“, Proteste auf der ganzen Welt, von Chile bis Hongkong; von „Black Lives matter“ in den USA bis zu pro-Navalny Demonstrationen in Russland.

Unsere Frage ist, was die Proteste der Impfgegner über die politische Kultur in Österreich aussagen können? Die politischen Institutionen unseres Landes haben sich seit jeher durch zwei Wesenszüge ausgezeichnet: einerseits hat man sich schon in der Monarchie in verschiedenster Weise um die Wohlfahrt der Untertanen gekümmert; Österreich ist heute ein Wohlfahrtsstaat, der sich international sehen lassen kann. Andererseits aber war der obrigkeitsstaatliche Charakter sehr stark ausgeprägt. Meinungsfreiheit und politische Diskussionen wurden immer wieder unterdrückt.

Nachdem weite Teile des Landes protestantisch geworden waren, wurde durch die Gegenreformation der ursprüngliche Glaube mit Waffengewalt, Zwangskonversionen und Vertreibungen wieder hergestellt. Ausgerechnet während des Besuchs einer Schule erklärte Kaiser Franz, er brauche keine Gelehrten, sondern brave Untertanen. Fürst Metternich gelang es zwar, am Wiener Kongress Europa zu lenken, aber im eigenen Land tat er alles, um die Entwicklung liberaler Ideen zu unterdrücken. Franz Josef wurde 1848 in sein kaiserliches Amt mit dem Bewusstsein eingeführt, geistige Strömungen könne man mit bewaffneter Gewalt niederhalten. Und Otto von Bismarck schrieb in seinen Memoiren über seine Zeit als preußischer Gesandter in Wien: wenn man in Österreich jemanden kritisieren wollte, musste man nur den für Berlin bestimmten Bericht auf der Post aufgeben. Alles wurde geöffnet, es gab kein Briefgeheimnis. 1914 wurde der Weltkrieg erklärt, ohne dass man es für notwendig hielt, das Parlament einzuberufen.

Schließlich wurde auch die Verfassung der „demokratischen Republik Österreich“ erst verabschiedet, nachdem zwei Jahre vorher Kaiser Karl nach Protesten „auf seine Amtsgeschäfte“ verzichtet hat. Es wäre eine eigene Studie wert herauszufinden, wie viel Obrigkeitsstaat und wie viel Untertanenmentalität dann in den Institutionen der Republik weiterlebten, von den Zeiten der Diktatur ganz zu schweigen.

Jedenfalls kann man eines sagen: man darf sich nicht wundern, wenn Österreicher nach langen Perioden der Manipulation, ja der Unterdrückung der Meinungsfreiheit skeptisch geworden sind und dagegen protestieren, was ihnen von der Obrigkeit vorgeschrieben wird. Nach zwei Generationen Zweite Republik darf man aber auch folgendes festhalten: der Preis der Freiheit ist die Pflicht eines jeden Bürgers, Verantwortung zu tragen. Wie, das muss nun jeder mündige Bürger selber entscheiden.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at